Kamener Zeitung

Einziges Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 20 Pfg., bei lokalen Anzeigen 15 Pfg., Reklamezeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim". (Während der Krieges nicht.) Monatlicher Bezugspreis 1.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Verlag der Kamener Zeitung, G. m. b. H., in Kamen, Westfalenstr. 10. Fernspr. Nr. 1.

Nr. 13 — **Donnerstag, den 16. Januar 1919** — **47. Jahrgang**

Westfalen u. Rheinland

Kamen, 16. Jan. **(Verschiedenes.)** In der 1. Jahreswoche bis einschl. 4. Januar sind im Landkreise Hamm folgende Fälle von **übertragbaren Krankheiten** amtlich gemeldet worden: Erkrankungen an Diphtherie 3 (je 1 Rünthe, Rhynern, Unna); Todesfälle durch Tuberkulose 2 (je 1 Unna, Berge). — Im ganzen Regierungs-Bezirk Arnsberg betrug die Zahl der Krankheitsfälle (Todesfälle eingeklammert) bei Diphtherie 93 (9), Fleckfieber 1, Genickstarre 1, Kindbettfieber 5 (2), Körnerkrankheit 8, Tuberkulose (104), Ruhr 5 (1), Scharlach 33 (5), Unterleibstyphus 14 (5), Paratyphus (1).

(Das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung.) Bei früheren Wahlen konnte das Wahlergebnis im eigenen Wahlkreise noch am gleichen Tage bekanntgegeben werden. Das ist diesmal unmöglich, da das Ergebnis der Wahl erst am Montag, den 20. Januar, in Bochum — der Wahlkommissar für den Wahlbezirk Arnsberg, Herr Landrat Gerstein, wohnt in Bochum — festgestellt und von dort aus an den Wahlkreis bekanntgegeben wird. Es ist deshalb zwecklos, unsere Redaktion am Sonntag abend schon um das Resultat zu befragen. Wir werden das Wahlergebnis sofort in der Zeitung, durch Anschlag oder durch Extrablätter bekanntgeben.

Was alle Wähler und Wählerinnen zu beachten haben.

Daß sie am 19. Januar früh genug zum Wahllokal gehen.

Daß sie für alle Fälle eine Legitimation (Wahlausweis, Steuerquittung, Mietsvertrag) mitnehmen.

Daß sie die richtigen Stimmzettel abgeben.

Daß kein Stimmzettel durch irgendwelche Zusätze ungültig gemacht wird.

Daß sie sich keinen falschen Stimmzettel zustecken lassen.

Daß sie sich einen mit amtlichem Stempel versehenen Umschlag geben lassen müssen, in den der Stimmzettel eingesteckt wird.

Wenn man sich überzeugt hat, daß alles in Ordnung ist, legt man den Zettel in die Wahlurne.

*

(Zum Wahlkampf.) Massenbesuch ist die Signatur der Wahlversammlungen. Das bewies wieder die vorgestrige Versammlung, zu der die deutsche Volkspartei aufgerufen hatte. Viel mag zu diesem Massenbesuch beigetragen haben die Person des Referenten, Herrn Dr. Cremer-Hagen, der als glänzender, in der Debatte äußerst geschickter Redner weit und breit bekannt ist. Wegen Platzmangel können wir über diese und auch über die folgenden Versammlungen nur kurz berichten. Nach einem Willkommensgruß durch Herrn Altena ergriff Herr Rechtsanwalt Cremer-Hagen das Wort. Ausgehend von dem Verlust des Weltkrieges durch den wir unsere nationale Einheit verloren, schilderte er in grauen Farben die volkswirtschaftliche Lage, die Zukunft unserer Industrie durch den Verlust von Elsaß-Lothringen, Luxemburg, die Schwierigkeiten der Ernährung durch die Besetzung der Ostgebiete durch die Polen, die Folgen des Verlustes der auswärtigen Handelsbeziehungen und der Kolonien, Auswanderung, Arbeitslosigkeit und Auswanderung deutscher Brüder in fremde Länder, das seien die schwerwiegenden Folgen. Jeder Deutsche muß daher bestrebt sein, einem jeden Einwohner Arbeit und Brot zu verschaffen. Die Zukunfts-Aussichten seien sehr trübe. Was uns bleibt ist Arbeitskraft. Fleiß, Unternehmergeist die, hoffen wir, groß genug sind, eine frohe Zukunft zu gewährleisten. Mit dem Zusammenbruch der Volkswirtschaft sei auch die deutsche Machtstellung zusammengebrochen, sodaß den Einmarschierenden im Osten nicht energisch gegenüber getreten werden konnte. Die deutsche Volkspartei begrüßt den Völkerbund, wenn in ihm Recht und Gerechtigkeit herrschen. Leider finde man bei den Feinden die starke Betonung des Machtgedankens. Vertrauensvoll habe Deutschland abgerüstet, wogegen Japan, Amerika, England, usw. ihre Rüstungen erhöhen, sogar Polen und Böhmen errichten neue Heere. Daher bedürfe trotz Völkerbundes Deutschland eine Macht, die den Grenzschutz übernehme. Gegenüber den Anwürfen der deutschen demokratischen Partei, seine Partei ziele nach dem monarchischen Staatswesen, betonte Dr. Cremer, daß weder ein Führer noch die Presse der deutschen Volkspartei jemals solches behauptet habe. Die deutsche Volkspartei stelle sich mit voller Ueberzeugung von der Notwendigkeit auf den Boden der demokratischen Republik erstens, weil die Mehrzahl der Bürger dafür sei und zweitens, weil der richtige Mann für die Monarchie fehle. Es ginge nicht an, jetzt nachdem Wilhelm II. sich zurückgezogen Steine nach ihm zu werfen. Den Alldeutschen mache man immer den Vorwurf, daß sie den Krieg herbeigeführt hätten. Aber gerade die Alldeutschen hätten in schärfster Weise gegen des Kaisers Politik, gegen die Politik des Zickzack-Kurses und des Herumreisens Stellung genommen und stets auf die Gefährlichkeit dieser Politik hingewiesen, die dahin führte, daß der Rückversicherungsvertrag mit Rußland, den Bismarck stets vertrat, nicht erneuert wurde und an Stelle dieses mächtigen Bundesgenossen kranke Länder, wie Oesterreich, Türkei und Bulgarien als Bundesgenossen traten. Redner kam dann auf die Programme der einzelnen Parteien zu sprechen, ging näher auf die Sozialisierung und die Arbeitsgemeinschaft ein, die deutsche Volkspartei stehe auf dem Boden der Privatwirtschaft, jedoch unter Berücksichtigung der neuen Lage. Sie trete für scharfe Erfassung der Kriegsgewinne und Bekämpfung des Kriegswuchers ein. Es dürfe keine Leute geben, die am Ende des Krieges reicher seien als am Anfang desselben. Nur bei einer gesunden Wirtschaftspolitik und gerechten Steuerpolitik könne der weite Ausbau der sozialistischen Gesetzgebung erfolgen. Die deutsche Volkspartei trete ein für eine sofortige angemessene Erhöhung der Rentenbezüge, für die Beseitigung der Frauen- und Kinder-Arbeit in gewerblichen Betrieben, für eine bessere Fürsorge des Kindes, für die Junggesellensteuer, Erhöhung der Beamten-Einkommen, Unterstützung kinderreicher Familien, Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, für den Achtstundentag, jedoch müsse auf der Friedenskonferenz dahin gestrebt werden, daß auch andere Länder den Achtstundentag einführten, nur so könne Deutschland auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben, dem Mittelstand, der darniederliege, müsse der Staat helfen; desgleichen den Privat-, Staatsbeamten und Lehrern. Redner besprach dann die hier mehrfach wiedergegebene Stellung der deutschen Volkspartei zu der Trennung von Kirche und Staat und damit der Frage des Religionsunterrichts in der Schule, und weiter das Verhältnis der bürgerlichen Parteien und insbesondere der deutschen demokratischen Partei zur Sozialdemokratie. Er habe das Vertrauen, daß das Bürgertum der demokratischen Partei nicht folge, sondern den Parteien, welche die Einigkeit des Bürgertums erstrebten.

Nach einem Dankwort des Vorsitzenden traten die Herren Strelinski, Weiß und Pohl-Bergkamen den Ausführungen des Referenten entgegen und forderten die Versammelten auf, der Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen. Dann sprach Herr Dr. Cremer das Schlußwort, das bei der Unruhe — die meisten Teilnehmer verließen schon den Saal — vielfach verloren ging.

(Das neue Gemeindewahlgesetz.) In Bälde werden Stadt- und Gemeindeverordnetenwahlen nach einem neuen Wahlverfahren stattfinden. Der Gesetzentwurf auf Einführung eines demokratischen Gemeindewahlrechts ist, wie wir von zuständiger Seite erfahren, vom preußischen Ministerium des Innern fertiggestellt und wird in den nächsten Tagen das Staatsministerium beschäftigen. Der Entwurf sieht für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen in ganz Preußen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Einwohner ohne Unterschied des Geschlechtes vor. Er hebt die Beschränkungen der Wählbarkeit von Lehrern und der übrigen Personen auf, denen bisher ein passives Gemeindewahlrecht nicht zustand, und beseitigt eine Reihe weitere Einschränkungen des Wahlrechts. Auch das Hausbesitzerprivileg wird durch den Gesetzentwurf außer Kraft gesetzt. Es besteht die Absicht, die Gemeindevertretungen schon in allernächster Zeit — wie wir hören, am 9. Februar — aufzulösen und die Neuwahlen sofort auf Grund des neuen Wahlgesetzes anzuordnen. Eine gleichartige Reform ist für das Wahlrecht zu den Freistaaten und zu den Provinzial-Landtagen in Vorbereitung.

(Schuhbedarfsscheine.) Die Reichsstelle für Schuhversorgung hat sich veranlaßt gesehen, zur Bekämpfung der Fälschungen von Schuhbedarfsscheinen neue Vordrucke auf einem mit Wasserzeichen und Ueberdruck besonders kenntlich gemachten weißen Papier zu drucken und diese Vordrucke ausschl. durch die Reichsdruckerei in Berlin herstellen zu lassen. Die Privatdruckereien sind also nicht mehr befugt, Schuhbedarfsscheine herzustellen. Zu diesen Maßnahmen hat sich die Reichsstelle für Schuhversorgung entschließen müssen, weil die Fälschungen von Schuhbedarfsscheinen mit der Zeit einen derartigen Umfang angenommen haben, daß die geregelte Versorgung der Bevölkerung mit Schuhwerk ernstlich gefährdet war. Die wirksame Durchführung dieser Maßnahmen macht es erforderlich, die im Verkehr befindlichen, bereits ausgefertigten, aber noch nicht belieferten Schuhbedarfsscheine in der Stadt Kamen vom 31. Januar d. J. ab für ungültig zu erklären. Im übrigen werden vom 15. d. M. ab ausschl. die neuen Vordrucke Verwendung finden. Die Inhaber von Schuhbedarfsscheinen alten Musters müssen diese daher in der zuständigen Bezirksausgabestelle zur Umschreibung vorlegen.

(Das Sattlerhandwerk und die Artilleriewerkstatt in Lippstadt.) Auf die Eingabe der Westfälisch-Lippischen Handwerkskammern an das Kriegsministerium Berlin wegen Anfertigung von Geschirren für die Landwirtschaft durch die Artillerie-Werkstatt Lippstadt, sowie über den Vertrieb dieser Geschirre durch die Landwirtschaftskammer und Landräte hat das Kriegsministerium entschieden, daß die Artillerie-Werkstatt die Anfertigung neuer Geschirre sofort einzustellen hat. Ferner ist derselben Anweisung erteilt worden, alle sonstigen Gegenstände des Friedensbedarfs, deren Herstellung sie während der Uebergangswirtschaft zur Beschäftigung ihrer Sattler aufgenommen hat, nur zu handelsüblichen Preisen abzugeben. Das vorhandene Leder soll sofort der Kontrollstelle für freigegebenes Leder zur Verfügung gestellt werden zwecks Verteilung an Industrie und Handwerk.

Dortmund, 15. Jan. **(Spartakus.)** Am Samstag voriger Woche erschienen auf der Zeche „Ickern" bei Mengede plötzlich eine Anzahl Spartakisten, entwaffneten die zur Sicherheit ausgestellten Posten und besetzten sämtliche 3 Schachtanlagen der Zeche „Ickern" und ebenso das Amtshaus. Infolgedessen fuhren die Belegschaften zur Arbeit nicht an. Die Regierung von Spartakus war indessen nur von kurzer Dauer. Gestern nachmittag rückten Sicherheitswehren aus der Umgebung, die durch Sicherheitsmannschaften aus Dortmund verstärkt worden waren, mit Maschinengewehren und einem Flachgeschütz nach Ickern, um die Ordnung wieder herzustellen. Es wurde von den Spartakisten die bedingungslose Uebergabe verlangt und ihnen ein Ultimatum gestellt, wonach sie nach einer bestimmten Frist die Bedingungen zu erfüllen hatten. Zunächst verhielten sie sich ablehnend, dann traten sie an den Führer der Sicherheitswehren heran, um mit diesem zu verhandeln. Noch bevor die Frist abgelaufen war, übergaben die Spartakisten 100 Gewehre und rückten auch 3 Maschinengewehre heraus. Trotz des friedlichen Ausganges der Aktion, sind Leute der Sicherheitswehr durch einen Unfall zu Schaden gekommen, ein Verletzter starb kurz darauf. Wie ernstlich die Spartakusleute sich auf die Verteidigung eingerichtet hatten, erhellt aus der Tatsache, daß sie gestern abend und während der Nacht in unmittelbarer Nähe der Zeche Schützengräben ausgeworfen hatten. Auch das Amtsgebäude ist von den Spartakisten befreit. Die Arbeit wird morgen auf den Zechen wieder aufgenommen.

Lichtendorf, 15. Jan. **Die Unsicherheit** wird in letzter Zeit immer größer und bewaffnete Banden bedrohen immer frecher Leben und Eigentum friedlicher Bürger. Montag abend gegen 8½ Uhr statteten, wie die „Schw. Ztg." meldet, 6 bewaffnete Personen, davon 3 in feldgrauer Uniform, dem Gutsbesitzer Schilling einen Besuch ab, stellten sich ihm als Spartakisten vor und forderten von ihm die Auslieferung des im Hause befindlichen Geldes. Die Fernsprechleitung hatte die Bande vorher durchschnitten. Am gestrigen Morgen hatte S. von der Post die Nachricht erhalten, daß ein für ihn bestimmter größerer Betrag für Lieferungen an die Stadt Elberfeld unterwegs sei. Ob die Bande vielleicht hiervon Kenntnis erhalten und annahm, der Betrag sei schon zur Auszahlung gekommen? Nachdem sie das ganze Haus durchsucht hatten, entfernten sich die Räuber unter Mitnahme von etwa 150 Mark, die Herr S. in seiner Brieftasche bei sich trug. Bis jetzt fehlt noch jede Spur von der Bande.

** **Selm,** 14. Jan. **Der Belegschaft der Zeche Hermann** I/II wurden von der Zechenverwaltung verschiedene Forderungen bewilligt. Die abgelehnte Forderung auf Herabsetzung der 6-Stundenschicht auf 5½ Stunden, wurde von der Belegschaft zwangsweise eingeführt. Der Direktor Wiskott sollte sich in der betr. Verhandlung innerhalb 10 Minuten für die Annahme sämtlicher Forderungen entscheiden. Als die Frist ergebnislos verstrichen war, erklärten die Vertreter der Belegschaft den Direktor für abgesetzt.

W **Münster,** 14. Jan. **Der Bezirkssoldatenrat Münster** hielt am 11. Januar eine Sitzung ab, in der folgende Entschließung angenommen wurde: Der Bezirkssoldatenrat verurteilt ganz entschieden alle bolschewistischen Umtriebe, die geeignet sind, den Frieden zu gefährden. Er steht nach wie vor auf dem Boden der Regierung Ebert-Scheidemann und weist mit Entrüstung jede Diktatur, sei es von links oder rechts, insbesondere die Unterbindung der Versammlungs- und Pressefreiheit, zurück und wird bei den kommenden Wahlen zur Nationalversammlung sein möglichstes tun, um die Wahlen nicht zu gefährden.

** **Warendorf,** 14. Jan. **(Zwei Mädchen verbrannt.)** Im nahen Gröblingen entstand in dem Hause des Landwirts Hecker beim Abfüllen von Petroleum aus einer brennenden Lampe eine Explosion, wobei die Kleider der 17jährigen Tochter des H. und die des Dienstmädchens Feuer fingen. Die beiden Mädchen wurden so schwer verbrannt, daß sie bald nachher starben. Hecker selbst erlitt schwere Brandwunden.

Paderborn, 15. Jan. **Einen plötzlichen Tod** fand vor einigen Tagen der seit etwa vier Wochen im Dienste der hiesigen Eisenbahn-Hauptwerkstätte stehende 25 Jahre alte Eisenbahnschlosser Flormann aus Ottbergen dadurch, daß er der Starkstromleitung zu nahe kam. Der so jäh aus dem Leben Gerissene hatte als aktiver Soldat dem Vaterlande sechs Jahre treu gedient und alle Strapazen des Weltkrieges von Anfang bis zu Ende glücklich überstanden.

Essen, 15. Jan. **(Verhaftung von Bergarbeiterführern.)** In der Nacht zum Dienstag wurden die drei Bergarbeiterführer Schmitz, Bergmann und Engels von Mitgliedern der Soldatenwehr verhaftet. Die Verhaftungen sollen erfolgt sein, weil die Genannten gegen die Wiederaufnahme der Arbeit gehetzt haben sollen. Gegen die Verhaftung hatten die einzelnen Belegschaften schärfsten Widerspruch erhoben, und, als dieses nichts nutzte, zur Demonstration gegen den ASR. aufgefordert. Diese fand gestern vormittag am Bahnhofsgebäude statt, in deren Verlauf Verhandlungen mit dem ASR. gepflogen und die Freilassung der Verhafteten durchgesetzt wurde.

Höhr, (Westerwald) 14. Jan. **(Harte Strafe.)** Ein hiesiger Gastwirt verkaufte einem amerikanischen Soldaten einen Schnaps und übertrat damit das Verkaufsverbot des amerikanischen Kommandanten über Alkoholabgabe. Für diese Uebertretung muß der Wirt an die Vereinigten Staaten eine Geldstrafe von 1000 Mark zahlen; weiter muß er in Nordfrankreich 3 Monate Zwangsarbeit verrichten.

** **Aachen,** 14. Jan. **Die evangelischen Pfarrer** des Regierungsbezirks Aachen, die bisher mit der Ortsschulaufsicht betraut waren, erklären: 1. Wir haben schon seit Jahren dem Verlangen der Lehrerschaft nach reiner Fachaufsicht zugestimmt und es abgelehnt, für die Erhaltung der „geistlichen Ortsschulaufsicht" einzutreten. 2. Wir haben die bestehende geistliche Ortsschulaufsicht nicht angesehen als ein Mittel, die Schule durch die Kirche zu beherrschen, sondern als einen Dienst an Schule und Gemeinde, wie er gerade unter den Verhältnissen einer konfessionellen Minderheit erwünscht und ersprießlich war. Wir legen, ohne die geistliche Ortsschulaufsicht zurückfordern zu wollen, nachdrückliche Verwahrung ein gegen ihre Aufhebung durch eine augenblickliche Regierungsgewalt, die jeder gesetzmäßigen Grundlage entbehrt, und bedauern, daß die nachgeordneten Regierungsstellen dieser Verfügung einer Regierung, die keinen ausreichenden Rechtstitel hatte, ohne weiteres nachgegeben haben.

Aus aller Welt.

— **Die Abfindung eines Fürsten.** Der Landtag von Schwarzburg-Sondershausen genehmigte den mit dem Fürsten Günther von Schwarzburg abgeschlossenen Vertrag. Demnach verzichtet das fürstliche Haus auf seine Rechte und das Kammergut. Der Fürst erhält eine Jahresrente von 210 000 Mark, sowie den Nießbrauch am Schloß in Sondershausen, das Wohnungsrecht im Schloß zu Gehren. Der Fürstin ist ein Wittum von jährlich 70 000 Mark, der Fürstin-Witwe die Zahlung des Wittums von jährlich 48 000 Mark, der Prinzessin Marie die Zahlung der Apanage von jährlich 13 500 Mark und der Jahresrente von 15 000 Mark bewilligt worden.

— **Für 250 000 Mark Damenstoffe gestohlen.** Einbrecher erbeuteten in der Nacht aus dem Damenkonfektionsgeschäft von Spitzer in der Mohrenstraße 60 in Berlin Damenstoffe im Werte von 250 000 Mark.

— **Mord in Magdeburg.** In Magdeburg wurde die Ehefrau Dorothea Engelhausen in ihrer Wohnung in einer Blutlache tot aufgefunden. Eine Armeepistole lag neben der Leiche. Die Untersuchung ergab, daß die Frau ermordet ist. Kurz zuvor hatte die Tote noch fünf Personen bei sich zu Gaste gehabt; auf dem Tisch standen noch die benutzten Teller.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 16. Jan. **Der Verein zur Versicherung von Schweinen, Kamen** hielt am Sonntag, den 12. Januar, seine ordnungsmäßige Generalversammlung im Lokal des Herrn Biermann, Nordstraße ab. Aus dem Jahresbericht ging hervor, daß in dem verflossenen Jahre über 600 Schweine weniger versichert gewesen sind, als im Jahre 1917. In 20 Fällen ist Entschädigung gezahlt worden. Das Vermögen des Vereins beträgt 783,97 Mk. Als Revisoren wurden die Herren H. Frieling und F. Lethaus gewählt. Bei der Wahl des Vorstandes wurden die ausscheidenden Mitglieder wiedergewählt. Zum Schluß wurde noch über den übermäßig hohen Preis beim Einkauf der Ferkel gesprochen, da es keine Seltenheit sei, daß für 6 Wochen alte Ferkel 100—120 Mk. gefordert wurden. Nach solcher Sachlage ist es dem kleinen Mann nicht möglich, eine weitere Fütterung vorzunehmen, was zur Folge haben wird, daß das Rindvieh zur Schlachtung noch mehr in Anspruch genommen werden wird.

Methler, 16. Jan. **Der Dilettanten-Verein „Frohsinn"** Kaiserau-Methler feiert am 9. Februar d. J. seinen 20. Wohltätigkeitsabend, bestehend in Theater und Ball. Zur Aufführung gelangen nur erstklassige Stücke. Besonders hervorgehoben sei „Die Heimkehr", Trauerspiel in 1 Akt; ferner das 100 Mal preisgekrönte Stück „Der Bajazzo", Trauerspiel in 1 Akt; „Das 4. Gebot", Trauerspiel in 1 Akt; ferner noch „Wuppke läßt sich photographieren". (Lachen ohne Ende). Anfang nachmittags 4 Uhr, anschließend 8 Uhr großer Ball. Da der Reinertrag den heimkehrenden Kriegern zugute kommt, trage jeder sein Mögliches bei. Wir weisen schon im voraus auf den Abend hin, und sichere sich jeder daher früh genug seinen Platz. Das weitere ist im späteren Inserat ersichtlich.

Tagesereignisse.

— **An die Arbeiter- und Soldatenräte** richtet der Zentralrat folgenden Aufruf: Am 19. Januar wählt das deutsche Volk die gesetzgebende Nationalversammlung. Die große Bedeutung dieser Wahlen braucht nicht besonders dargelegt zu werden. Sie sind erforderlich, um die Errungenschaften der Revolution gesetzlich zu verankern. Diese Wahlen müssen überall ohne jede Störung durchgeführt werden können. Die wahlberechtigten deutschen Männer und Frauen müssen frei und unbeeinflußt ihr Wahlrecht ausüben können. Hierzu müssen die A.- und S.-Räte dem Volke verhelfen. Deshalb richten wir an alle A.- und S.-Räte Deutschlands die Aufforderung, alles zu tun, um die Durchführung der Wahlen zur Nationalversammlung zu sichern.

— **(Fester Standpunkt der Regierung.)** Wie die „Rh.-Westf. Ztg." erfährt, beharrt die Regierung mit allem Nachdruck auf ihrem Standpunkt, daß lokale Sozialisierungsmaßnahmen unter allen Umständen unzulässig und rechtsunwirksam sind. Sie wird diesen ihren Standpunkt allen den lokalen Instanzen gegenüber zum Ausdruck bringen und durchgreifend vertreten, die nicht gewillt sind, der Ansicht der Regierung beizupflichten. Die Aufforderungen an einige A.S.R. des Industriegebietes, sich auf Grund gerechter Wahlen neu einzurichten, steht in engem Zusammenhange mit diesem allgemeinen Grundsatz der Regierung. Man hofft in Berlin, daß sich schließlich auch im Industriegebiet das Verständnis für die unbedingte Notwendigkeit eines einheitlichen und gesetzmäßigen Vorgehens im ganzen Reiche bei der Frage der Sozialisierung wieder durchsetzen wird, ist aber entschlossen, jeder anderen Anschauung gegenüber fest zu bleiben.

Der Bergbau-Verein in Essen hat an den Volksbeauftragten Herrn Ebert in Berlin folgendes Telegramm gerichtet: Wie wir hören, will sich der vom A.S.R. ernannte Volkskommissar für Sozialisierung der Bergwerke vom A.S.R. die Vollmacht geben lassen, über die Bankguthaben der Zechen zu verfügen. Wir bitten, aus dieser Aeußerung zu ersehen, wie weit die Lage sich hier zugespitzt hat und wie dringend ein Eingreifen zum Zwecke der Verhinderung des vollkommenen wirtschaftlichen Zusammenbruchs nötig ist.

— **(Die Regierung an der Verfassungsarbeit.)** Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet: Nachdem die Reichsregierung durch die Niederwerfung der Berliner Spartakusbewegung den Rücken frei hat, wendet sie nunmehr ihre ungeteilte Arbeitskraft den Fragen der künftigen Verfassung und der Vertretung der deutschen Interessen bei den Friedensverhandlungen zu. Wenn auch Einzelheiten über die Beratungen, die gestern begonnen haben und noch andauern, zur Zeit noch nicht veröffentlicht werden können, so dürfte die amtliche Verlautbarung, die in Bälde zu erwarten ist, doch zeigen, daß die Richtlinien für die deutsche Friedensdelegation nicht den Auftrag enthalten werden, übertriebene Forderungen der Entente anzunehmen.

— **(Die deutsche Waffenstillstandskommission in Trier.)** Der Sonderzug der deutschen Waffenstillstandskommission lief Dienstag abend in Trier ein, wohin sich bereits von Spaa aus General v. Winterfeldt begeben hatte, mit einer Reihe von Kommissaren. Die Kommission wurde auf dem Bahnhofe in Trier vom Regierungspräsidenten Dr. v. Momm und vom Oberbürgermeister v. Bruchhausen begrüßt. Im Gegensatz zu der Einfahrt des Zuges bei den Dezemberverhandlungen erfolgte diesmal die Fahrt der Kommission in die verschiedenen Hotels in voller Freiheit und ohne jede Bevormundung seitens der Alliierten. Auch der briefliche, telegraphische und Fernsprechverkehr sämtlicher deutscher Delegationen unterliegt keiner Beschränkung mehr. Die amerikanische Besatzung verhält sich in dieser Beziehung durchaus einwandfrei. Die abschließenden Vorverhandlungen der deutschen Delegation mit ihren Kommissaren haben sich bis Mitternacht hingezogen.

— **(Die Auslieferung der weggeführten Industrieeinrichtungen.)** Die „Neue Korrespondenz" in Basel meldet aus Paris über die Beschlüsse zu den Bedingungen für die Verlängerung des Waffenstillstandes: In der Frage des Schadenersatzes wurde die Herausgabe des industriellen Materials in Betracht gezogen. Es war zuerst der Gedanke aufgetaucht, von Deutschland Entschädigungen in Geld zu verlangen, um die zerstörten Werke aufzubauen. Da die Zeit jedoch drängt und in den Gegenden des Landes 500 000 Arbeitslose sind, erachtet die Konferenz es als unumgänglich, vom Feinde zuerst die Rückerstattung der Maschinen und der notwendigen Werkzeuge zu verlangen, die er weggeführt hat, soweit sie festgestellt werden können. Diese Feststellungen sind nicht schwierig. Es wurde nämlich in Belgien eine vorzüglich geführte Buchhaltung entdeckt, in der die Deutschen die Ergebnisse ihrer „Plünderungen" genau verzeichnet haben. Die deutschen Vertreter in Spaa haben mitgeteilt, daß ein großer Teil weggeführter Gegenstände sich in Bremen befinde und bedeutende Vorräte in Zink und anderen Metallen in Oberschlesien liegen. Andere Mitteilungen, in deren Besitz man gelangte, werden ermöglichen, bedeutende Mengen von notwendigen industriellen Erzeugnissen rasch den zerstörten Gebieten zuzuführen.

— **Der Abtransport der alliierten Kriegsgefangenen aus Deutschland** ist, wie der Vorsitzende der französischen Kommission in Spaa in der Sitzung der Gefangenenkommission vom 14. 1. mitteilte, im großen und ganzen als beendet anzusehen. Die Sitzungen der Gefangenenkommission können deshalb ausfallen. Der französische Vorsitzende erklärte, er werde nach Paris, und der englische Vertreter nach London zurückkehren. Noch zu erwartende größere oder kleinere Rückfragen würden wohl am besten auf schriftlichem Wege erledigt werden.

— **(Die Rohstoffkontrolle unnötig.)** Der Pariser Mitarbeiter der „Morningpost" erfährt aus guter Quelle, daß die Alliierten sich nicht mit der Absicht tragen, eine Regierungskontrolle über die Industrien ihrer Länder auszuüben. Es sei auch gleichzeitig der Beschluß gefaßt worden, von einer internationalen Kontrolle der Rohstoff-Aus- und -Einfuhr abzusehen. Der Grund dafür liege darin, daß ein derartiger Ueberfluß an Rohstoffen vorhanden sei, daß die Kontrolle unnötig werde.

— **Zur Lage im Osten** teilt die Oberste Heeresleitung folgendes mit: Die vorderste Linie der freiwilligen baltischen Landeswehr verläuft von Popelsany nach Altauz. Die Bahnstrecke ist bei Popelsany unterbrochen. Ein russischer Kommissar kündigte die Besetzung des Bahnhofes Zeile, 45 km. östlich Kowno, durch stärkere russische Kräfte an, darum Vormarsch auf Kowno begriffen seien.

— **Das Ergebnis der bayrischen Landtagswahlen** liegt nunmehr vollständig vor. Die Mandate verteilen sich wie folgt: Bayrische Volkspartei 58, Sozialdemokraten 51, Deutsche Volkspartei 22, Bayrischer Bauernbund 17, Nationalliberale und Mittelstandspartei 5, Unabhängige Sozialdemokraten 3. Hinzu kommen noch 24 Abgeordnete für die Pfalz, wo die Wahlen erst am 2. Februar stattfinden.

— **(Der Kampf um die Macht in Bremen.)** Aus Bremen wird gemeldet: Die Garnison Bremen leistete dem Versuch des neuen revolutionären Arbeiterrates, die militärische Gewalt restlos an sich zu reißen, Widerstand. Der Kampf mit den Waffen scheint jetzt in Bremen zu beginnen. Die Parteien haben sich bereits gruppiert. Die Weserbrücken sind mit Maschinengewehren besetzt worden. Wie verlautet, sollen von auswärts bereits Regierungstruppen in Anmarsch sein.

— **(Liebknecht und Rosa Luxemburg verhaftet.)** Wie in verschiedenen Blättern übereinstimmend gemeldet wird, gelang es Dienstag abend zwei Mann einer Garde-Kavallerie-Division Liebknecht in seiner Wohnung in der Anhalter Straße zu verhaften. Er wurde unter starker Bedeckung in das Eden-Hotel gebracht, leugnete zuerst, Liebknecht zu sein, mußte dann aber zugeben, es zu sein. Unter starker Bedeckung wurde er an einen sicheren Ort gebracht, der z. Zt. geheim gehalten wird. Auch Rosa Luxemburg wurde, nach dem „Localanzeiger", verhaftet und in das Eden-Hotel gebracht, wo sie sich noch befindet. Das Hotel wird stark bewacht. Nach der „Voss. Ztg." wurde Dienstag nachmittag der Volksbeauftragte im Auswärtigen Amt Kautsky unter der Beschuldigung einer Verbindung mit Rosa Luxemburg verhaftet, aber bald wieder freigelassen.

Nach dieser Meldung scheint sich eine Nachricht der „Tijd", daß Liebknecht und Rosa Luxemburg unter falschem Namen sich in Bentheim aufhielten, um nach den Niederlanden zu flüchten, nicht zu bewahrheiten.

— **(Die Verhaftung der Großindustriellen vor Gericht.)** Die sensationelle Verhaftung von Herren der rheinisch-westfälischen Industrie (Thyssen, Stinnes u. a.) unter der Anschuldigung des Landesverrats beschäftigte Dienstag die 4. Strafkammer des Berliner Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt. Unter der Anklage der wissentlich falschen Anschuldigung stand der Kellner Hubert Börsch aus Dortmund, der mit seinen abenteuerlichen Behauptungen den ganzen skandalösen Vorgang verursacht hat. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis und Anrechnung der Untersuchungshaft. Der Gerichtshof kam schließlich nach längerer Beratung zur Vertagung. Es soll eine authentische Interpretation des Gesetzgebers, des Rates der Volksbeauftragten, darüber herbeigeführt werden, ob die Verordnung vom 7. Dezember 1918 über eine militärische Amnestie bei einem Vergehen im Sinne des § 137 des St.-G.-B. zur Anwendung gelangt, wenn die Tat zwar vor dem 12. Dezember, aber erst nach der Entlassung des Täters aus dem aktiven Heeresverband begangen wurde. Nach Eingang dieser Auskunft soll das Urteil gesprochen werden.

— **(Die Großherzogin von Luxemburg geflüchtet.)** Die Großherzogin Adelheid von Luxemburg ist gestern aus der Hauptstadt geflüchtet. Ihr Aufenthalt ist nicht bekannt, sie soll sich aber noch in der Umgebung der Stadt befinden. Vor dem Schloß haben in den letzten Tagen bedrohliche Kundgebungen stattgefunden. Die Republik wurde jetzt offiziell verkündet.

— **Die Tschechen** haben die bayrische Grenze unmittelbar vor dem bayrischen Gebiet besetzt. Die Posten stehen auf Rufweite von einander entfernt, und zwar längs des böhmisch-bayrischen Grenzgebietes.

Aufruf.

An die Landbevölkerung!

Stunden der größten Not sind in unserem Vaterlande angebrochen. Die Aufrechterhaltung unserer inneren Wirtschaft ist auf das schwerste gefährdet. Mangel an Kohlen und Rohstoffen legen die Industrie in großem Umfange lahm. Ungezählte zurückkehrende Krieger sind arbeits- und erwerbslos. Es wird unmöglich sein, diesen allen und den vielen anderen erwerbslos gewordenen Arbeitern in Industrie und Handwerk Unterkunft, Nahrung und Arbeit zu geben. Hier muß und kann das Land helfen. Landwirte, Ihr habt in aufopferndster Weise und unter Einsetzung Eurer ganzen Kraft bisher geholfen! Helft auch jetzt, die zurückkehrenden Krieger und alle anderen, die keine Arbeit finden, auf dem Lande zu beschäftigen. Gebt ihnen Arbeit, Nahrung und Wohnung, auch dann, wenn Ihr Euch selbst im Raum beschränken müßt. Baut Wege, melioriert Eure Felder und Wiesen, macht Waldarbeiten, kurz, schafft Arbeit! Das ist jetzt eine hohe, sittliche Pflicht der Landwirtschaft.

Ohne Opfer wird und kann es dabei nicht abgehen. Ueber allem aber muß jetzt die Forderung der Erhaltung unserer landwirtschaftlichen Kraft und der inneren Ruhe und Sicherheit stehen. Steigert die Erzeugung, soweit es irgend möglich ist, nehmt an Menschen auf, soviel als Ihr nur irgend unterbringen könnt und arbeitet so mit am Wohle unseres Vaterlandes. Was vom Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilmachung geschehen kann, um der Landwirtschaft zu helfen, wird geschehen.

Arbeiter!

Industrie und Handwerk, die Euch bisher beschäftigt haben, liegen danieder. Die Kohlen- und Transportnot zwingt sie zur Einstellung oder Einschränkung der Arbeit. Das Land aber braucht Arbeiter. In den landwirtschaftlichen Betrieben ist überall vieles nachzuholen. Nichts ist jetzt wichtiger als die Sicherung unserer Ernährung. Landverbesserungen, Wegebauten und viele andere Arbeiten ähnlicher Art harren der Ausführung. Bei der Bestellung und Ernte des kommenden Wirtschaftsjahres können viele Arbeiter lohnende Beschäftigung finden. Es gilt, den Boden bis zum letzten Fleckchen zu bebauen.

Das Land ruft Euch und braucht Euch!

In jedem größeren Verwaltungsbezirk sind landwirtschaftliche Arbeitsnachweise vorhanden. Wendet Euch an sie, Ihr werdet Arbeit finden und helft so am besten Eurem Vaterland.

Reichsamt
für die wirtschaftliche Demobilmachung
(Demobilmachungsamt)
gez.: Koeth.

Techniker und Ingenieure!

Die Kandidaten der **deutschen Volkspartei**

treten für eine

gerechte Bewertung der Kopfarbeit

ein!!

Wählt Liste Bergmann Winnefeld!

669 171



Gott der Herr nahm heute morgen um 2 Uhr meinen lieben, treuen Gatten, unsern herzensguten, treusorgenden Vater, Bruder, Schwager und Onkel, den

Auktionskommissar

Wilhelm Büscher

im 76. Lebensjahre nach langem, schwerem, mit seltener Geduld ertragenem Leiden infolge Herzlähmung zu sich in den Himmel.

In tiefem Schmerz:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bergkamen, Wiesbaden, Essen, Ohligs und Düsseldorf, den 15. Januar 1919.

Die Beerdigung findet Samstag, den 18. Januar, nachmittags 3¾ Uhr, vom Trauerhause auf dem Friedhof in Overberge statt.

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

234



Nachruf!

Nach kurzem, schwerem Leiden starb im Alter von 59 Jahren der

Eisendreher

Wilhelm Althoff

aus Oberaden.

In fast 37jähriger Tätigkeit hatte er seine Kräfte in unermüdlicher, vorbildlicher und treuer Pflichterfüllung in unsere Dienste gestellt; ein ehrendes Andenken bleibt ihm gesichert.

Eisenhütte Westfalia,
den 14. Januar 1919.

230 Gewerkschaft Eisenhütte Westfalia.

Lebensmittel-Verteilung Amt Unna-Pelkum.

Im Amt Pelkum kommen für die Zeit vom 13. bis 19. Januar 1919 auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung:

Lebensmittelkarte-Bezugsabschnitt Nr. 4:
100 Gr. Weizenmehl (Auslandsware) zum Preise von 1 Mk. für das Pfund im Durchschnitt gerechnet;
75 Gr. Roggenmehl (Auslandsware) zum Preise von 1 Mk. für das Pfund im Durchschnitt gerechnet;
250 Gr. Kunsthonig zum Preise von 0,78 bezw. 0,80 Mk. für das Pfund.

Die Geschäfte, in denen die Lebensmittel verkauft werden und die Zeit des Verkaufes, werden in den Gemeinden bekanntgegeben.

Außerdem kommen zur Verteilung auf Butterkarte-Bezugsabschnitt Nr. 3: 60 Gr. Butter.

Bis Samstag, den 18. Januar 1919 sind in den Geschäften abzugeben die Bezugsabschnitte Nr. 5 der Lebensmittelkarte und Nr. 4 der Butterkarte.

Die Geschäfte haben diese gesammelten Abschnitte und die Quittungsabschnitte Nr. 4 der Lebensmittelkarte und Nr. 3 der Butterkarte bis Montag, den 20. Januar 1919, vormittags 10 Uhr spätestens, auf dem Amte abzugeben.

Pelkum, den 14. Januar 1919.

Der Amtmann: Grube.

Lebensmittel-Verteilung im Amt Unna-Kamen.

In dieser Woche gelangen zur Ausgabe:
Auf Reichsfleischkarte
200 Gramm Fleisch und Fleischwaren,
außerdem die Zulagen für Schwerarbeiter;
ferner: 60 Gramm Fett.
Zur Ausgabe gelangen ferner:
250 Gramm Kunsthonig.

Es sind sodann an die Gemeinden Bezugsscheine für 30 Gr. Teigwaren und 100 Gr. Gries ausgegeben. Die Ware gelangt bei Eingang zur Verteilung.

Ferner kommt noch eine geringe Menge Suppen zur Verteilung.

Unna, den 13. Januar 1919.

Der Amtmann. J. V.: Lahmhaus.

Bekanntmachung
betr. Verkauf von Reichsware.

Von der uns von der Reichsbekleidungsstelle zugewiesenen Reichsware werden folgende Kleidungsstücke in den hiesigen Geschäften sofort verkauft:

337 Stück Erstlingshemden,
148 Stück Windeln,
114 Stück Mullbinden,
89 Stück Unterlagen,
18 Stück Mädchenkleider,
16 Paar Frauenstrümpfe,
85 Paar Kinderstrümpfe,
7 Stück Knabenhemden.

Die Kleidungsstücke werden nur an hiesige dringend bedürftige, minderbemittelte Personen auf Grund eines besonderen Ausweises für Minderbemittelte und des gesetzlich vorgeschriebenen Bezugsscheines A II zu den behördlich festgesetzten Preisen verkauft.

Die Bezugsscheine bezw. Ausweise werden in der Bezugsscheinausfertigungsstelle ausgestellt. 257

Kamen, den 14. Januar 1919.

Die Ortsbehörde:
J. V.: Moenninghoff, Stadtrat.

Bekanntmachung
betr. Umsatzsteuerpflicht.

Da die Ansichten darüber, wer umsatzsteuerpflichtig ist, in weiten Kreisen noch unklar sind, diene zur Aufklärung folgendes:

Die Beschränkung der steuerpflichtigen Personen auf solche, die eine selbständige gewerbliche Tätigkeit ausüben, nimmt von der Steuer alle diejenigen aus, die sich in einer abhängigen Stellung befinden, also die Arbeiter und Angestellten, einschließlich der Beamten, und ferner die freien Berufe der Künstler, Schriftsteller, Anwälte, Aerzte.

Der Begriff der gewerblichen Tätigkeit ist nach den gesetzlichen Bestimmungen bei der Umsatzsteuer im weitesten Sinne zu verstehen. Es sind steuerpflichtig sämtliche Gewerbetreibende, Fabrikbesitzer, Urerzeuger (Landwirte usw.), Händler, Darbieter von Leistungen (Versteigerer, Stellenvermittler, Fuhrhalter usw.)

Gewerbetreibende im Sinne des Umsatzsteuergesetzes sind nicht nur die, die es auch im Sinne der Gewerbeordnung und des Gewerbesteuergesetzes sind. Jede selbständige auf die Erzielung von Einnahmen gerichtete geschäftliche oder berufliche Tätigkeit verpflichtet zur Zahlung der Umsatzsteuer. Nachstehend werden die hauptsächlich in Betracht kommenden Betriebe genannt:

Agenturen, Annoncenbüros, Anschlagwesen, Anstreicher, Apotheken, Ausbesserungen jeder Art, Auswanderungsunternehmen,
Bäcker, Badeanstalten, Bandagisten, Barbiere, Baugeschäfte, Bergwerke, Besohlanstalten, Bildhauer (nicht Künstler), Billetthändler, Bootsverleiher, Bohner, Böttcher, Brennereien, Buchbinder, Büchsenmacher,
Chemiker,
Dachdecker, Dekorateure, Dentisten, Detektivbüros, Drechsler, Drogisten, Druckereien,
Eisgewinnung, Elektrotechniker, Erzeugnisse aller Art,
Fabriken aller Art, Färber, Fensterreinigungsanstalten, Fischer, Fleischer, Forstwirtschaften, Fuhrbetriebe,
Gärtner, Gastwirte, Gemischtwarenhändler, Gemüsehändler, Gerber, Gesindevermieter, Gießereien, Glaser, Goldschmiede, Grundstückshändler, Gürtler,
Handel jeder Art, Hebammen, Heilgymnastik, Hutmacher,
Ingenieure, Installateure, Instrumentenmacher,
Kammerjäger, Kantinen jeder Art, Kinobetriebe, Klavierlehrer, Klavierstimmer, Klempner, Kolonialwarenhandlungen, Kommissionäre, Konditoreien, Konfektion, Konsumvereine, Korbmacher, Konzertveranstalter, Kürschner,
Landmesser, Landwirte, Lastenbeförderung, Lazarette (Vereins-), Leihbibliotheken, Lieferung von Gas, Wasser, elektrischem Strom (auch von Gemeinden und Kommunalverbänden),
Makler, Maler (nicht Künstler), Masseure, Mästereien, Materialwarenhandlungen, Maurerei, Mechaniker, Meierei, Modistinnen, Müller, Milchhändler, Möbelhändler, Messerschmiede, Metzger, Musikdarbietungen,
Nadler, Nagelschmiede,
Obsthändler, Ofensetzer, Optiker,
Paketbeförderung (nicht amtliche), Patentbüros Pensionate, Personenbeförderung (zu Land und zu Wasser), Pfandverleiher, Pferdehändler, Photographen, Plakat- und Anschlagwesen, Plätterein, Privatkrankenanstalten, Putzmachereien,
Raumkunst, Rechtskonsulenten, Reinigungsanstalten jeder Art, Reisebüros,
Sarghandlungen, Sattler, Schankwirte, Schildermaler, Schlächter, Schlosser, Schmiede, Schneider, Schornsteinfeger, Schuhmacher, Seifenhändler, Seiler, Spediteure, Speisewagenbetriebe, Steinmetze, Steinsetzer, Stellenvermittler, Stellmacher,
Tanzlehrer,
Uhrmacher, Unterrichtsanstalten (für Musik, Sprachen, Handelsschulen),
Vergnügungsgewerbe, Verleger, Vermessungsbüros, Vermieter (von Zimmern, Schlafstellen, Gegenständen, Bekleidungsstücken), Versteigerer, Vervielfältigungen, Viehhändler, Viehmäster, Viehzüchter,
Wasch- und Schließgesellschaften, Wagenbauer, Waschanstalten, Weber, Würstelbuden, Wurstfabriken,
Zigarrenfabrik und -handel, Zimmerei, Zündwarenfabrik und -handel u. a.

Der Umsatz ist mit seinem Bruttobetrage steuerpflichtig. Geschäftsunkosten oder der Warenanschaffungspreis dürfen nicht abgezogen werden.

Die Handwerker, wie Schlosser, Tischler, Maler, Schneider, Schuhmacher usw. müssen nicht nur für das dem Kunden verkaufte Material, sondern auch für das auf die reine Arbeitsleistung entfallende Entgelt Umsatzsteuer entrichten. Liefert der Kunde das Material, so ist das Entgelt für die Arbeitsleistung allein umsatzsteuerpflichtig.

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß jeder Steuerpflichtige nach § 15 des Gesetzes über die vereinnahmten Entgelte Aufzeichnungen machen muß. 220

Kamen, den 13. Januar 1919.

Das Umsatzsteueramt: Moenninghoff. Der Arbeiterrat: Strelinski.

Bekanntmachung
über Vordrucke für Schuhbedarfsscheine.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über die Errichtung einer Reichsstelle für Schuhversorgung vom 23. Februar 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 100) und der Bekanntmachung der Reichsstelle für Schuhversorgung über Vordrucke für Schuhbedarfsscheine vom 9. Dezember 1918 wird für den Landkreis Hamm folgendes bestimmt:

§ 1.

Als Schuhbedarfsscheine und Abgabebescheinigungen sind nur die von der Reichsstelle für Schuhversorgung aufgestellten Muster zu verwenden.

§ 2.

Die Schuhbedarfsscheine sind auf weißem Papier gedruckt, das durch Wasserzeichen und Ueberdruck besonders kenntlich gemacht ist. Die über die ganze Fläche des Formblattes sich hinziehenden Wasserzeichen haben die Form von einzelnen Stiefeln, als Ueberdruck trägt das Formblatt auf der Mitte in grauer Farbe und in großer Frakturschrift die Buchstaben R. St., sowie rechts oben die laufende Nummer.

§ 3.

Die bis zum 14. Januar 1919 auf den bisherigen alten Vordrucken ausgefertigten Schuhbedarfsscheine verlieren mit dem 31. Januar 1919 ihre Gültigkeit. Schuhbedarfsscheine, auf die bis zu diesem Zeitpunkte eine Belieferung mit Schuhwerk noch nicht erfolgen kann, sind von den Ausfertigungsstellen, die diese ausgestellt haben, unter Verwendung der neuen Vordrucke umzuschreiben. Die Umschreibung erfolgt in der Zeit vom 15. bis 30. Januar 1919 durch die zuständigen Ausfertigungsstellen unter Vorlage der alten Schuhbedarfsscheine.

§ 4.

Die Prüfungs- bezw. Ausfertigungsstellen (Bürgermeister und Amtmänner) dürfen vom 15. Januar 1919 ab zur Ausfertigung von Schuhbedarfsscheinen nur noch neue Vordrucke verwenden. Eine Benutzung der alten Vordrucke vom 14. Januar 1919 ab ist verboten.

§ 5.

Schuhbedarfsscheine nach den alten Vordrucken, die ein späteres Ausfertigungsdatum, als den 14. Januar 1919, tragen, sind ungültig und dürfen von den Gewerbetreibenden auf keinen Fall mehr beliefert werden. Die Gewerbetreibenden müssen die bis zum 31. Januar 1919 belieferten und entwerteten alten Schuhbedarfsscheine vollzählig und pünktlich bis zum 1. Februar 1919 bei den zuständigen Ausfertigungsstellen abliefern.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 15. Januar 1919 in Kraft.

§ 9.

Wer den vorstehenden Anordnungen zuwiderhandelt, hat die in § 5 der B.-R.-V. über die Errichtung einer Reichsstelle für Schuhversorgung vom 23. Februar 1918 angedrohten Strafen zu gewärtigen. 232

Hamm, den 7. Januar 1919.

Der Landrat: Schulze-Pelkum.

Veröffentlicht.

Kamen, den 13. Januar 1919.

Die Ortsbehörde. J. V.: Moenninghoff.

Bekanntmachung.

Nach Reichsgesetzblatt vom 10. Januar 1919 haben Angehörige der deutsch-österreichischen Republik, die am 19. Januar das 20. Lebensjahr vollendet und nicht bei entsprechender Anwendung von § 4 Reichswahlgesetz vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, das Recht, an Wahlen zur deutschen Nationalversammlung in der Gemeinde teilzunehmen, in der sie innerhalb des Deutschen Reichs Wohnsitz haben. Wahlrecht kann auf Grund Bescheinigung ausgeübt werden, die von einer in Deutschland befindlichen diplomatischen oder konsularischen Vertretungsbehörde Deutsch-Oesterreichs oder Oesterreich-Ungarns mit folgendem Inhalt ausgestellt wird: Ueberschrift, Bescheinigung, Inhalt, dem Vor- und Zunamen, geboren am, Stand oder Gewerbe, wohnhaft in, wird zwecks Ausübung der Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung hiermit bescheinigt, daß er ein Angehöriger der deutsch-österreichischen Republik ist und keine Umstände bekannt sind, wonach er bei entsprechender Anwendung des § 4 des deutschen Wahlgesetzes vom 30. November 1918, Reichsgesetzblatt Seite 1345, vom Wahlrecht ausgeschlossen sein könnte. Links Dienstsiegel, rechts Bezeichnung der deutsch-österreichischen oder österreichisch-ungarischen Gesandtschafts- oder Konsulatsbehörde, Unterschrift. § 10 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes findet keine Anwendung. Wahlvorsteher oder Stellvertreter hat Bescheinigung vor Ausübung des Wahlrechts abzunehmen. Bescheinigungen, Wahlprotokoll beifügen. Ihre Zahl im Abschnitt des Wahlprotokolls über die Zählung der Wahlumschläge vormerken.

Reichsamt des Innern Ia 661.

Vorstehendes wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht. 241

Kamen, den 15. Januar 1919.

Der Magistrat: Moenninghoff.
Der Arbeiterrat: Strelinski.

Klee- und andere Saaten
eingetroffen. 226
Rud. Köhling.

Ein leichter
Federwagen
steht zu verkaufen. 233
Zu erfragen in der Geschst. der Kam. Ztg.

In Kaldung Kaiserstraße, Bergkamen, sind
Brandholz u. Bohnenstangen
billig zu haben. Näheres 224 H. Tiemensee, Wirt

Gut möbliertes Zimmer
zu vermieten. 208
Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Suche zum 1. Febr. 1919 für mein Mündel, 14 Jahre, evgl., Beigmann, ein 206
Kosthaus mit voller Pension.
Angeb. u. Angabe d. Preis. an H. Ilgner, Lünenerstr. 20

Arme Liane.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.
(Nachdruck verboten.)

59. Fortsetzung.

„Ach, kleine Steffie, was weißt du von Liebe?"

„Na, erlaube mal, ein Wickelkind bin ich doch schließlich auch nicht mehr. Und wenn ich mit Fräulein Rückaufs Genehmigung auch nur Bücher lesen darf, in denen die Liebe sehr nebensächlich behandelt wird, manchmal erwische ich doch eins, wo dies Thema ausführlicher behandelt wird. Na — und das übrige denkt man sich. Aber um nochmals auf Fräulein Reinold zu kommen — es ist mir ganz schleierhaft, wie sie dazu kommt, eine Stellung als Gesellschafterin anzunehmen, noch dazu, da sie kein Gehalt annimmt und es somit nicht braucht. Sie paßt gar nicht in die schlichten Verhältnisse von Brinkenhof und sieht viel vornehmer und eleganter aus als Fräulein Hanna. Findest du nicht auch?"

„Ja — ich finde es auch, Steffie. Vielleicht ist sie eine verwunschene Prinzessin."

„Die gibt es leider nicht mehr. Aber ich würde mich gar nicht gewundert haben, wenn man mir gesagt hätte, sie sei eine Prinzessin."

Graf Detlev atmete tief und schwer.

„Ich auch nicht, Steffie. Und eigentlich ist es recht schade, daß es keine verwunschene Prinzessinnen mehr gibt."

Das sagte er so seltsam, daß Steffie ihn verwundert ansah.

„Was hast du nur heute, Detlev? Du bist so sonderbar."

Er strich sich über die Stirn und raffte sich auf.

„Mußt nicht darauf achten, Steffie. Mir geht eine ernsthafte Angelegenheit durch den Kopf, die ich mit deinem Vater besprechen muß. Und da erscheine ich die wohl etwas zerstreut."

„Na, dann sag doch einfach, daß dir meine Unterhaltung störend ist", sagte sie ein wenig ärgerlich.

Er nahm ihre Hand und streichelte sie.

„Zanke nicht, kleine Steffie. Ich tue Buße und kaufe mich bei Gelegenheit mit Schokolade los."

Sie war schnell versöhnt.

„Ach, Unsinn, Detlev, ich zanke doch nicht. Aber du konntest mir gleich sagen, daß ich still sein soll. Und jetzt störe ich dich nicht mehr. Kein Wort sollst du mehr hören, bis wir in Rastenau sind."

Und entschlossen legte sie sich in die Kissen zurück. Sie wollte tatsächlich schweigen. Aber ihr Plappermündchen vergaß das Schweigen bald wieder. Und Detlev nahm sich zusammen und plauderte mit ihr, so gut er es in seiner Stimmung konnte. In seinen Gedanken war er aber bei dem, was er Onkel Joachim sagen wollte. —

Graf Joachim hatte in letzter Zeit eine besondere Liebhaberei. Er benutzte jede freie Minute, um im Archiv des Schlosses alte Papiere und Urkunden zu durchsuchen. In dem Archiv befand sich neben einer handgeschriebenen Chronik des Geschlechtes der Grafen Rastenau manches interessante Dokument, allerlei Geheimschriften und Verträge. Er schien etwas ganz besonderes zu suchen.

Seiner Gemahlin fiel es auf, daß er sich so lange im Archiv aufhielt. Aber sie fragte nicht. Er erschien ihr seit einiger Zeit so seltsam ratlos und unruhig, so zerstreut und geistesabwesend, daß sie mit Bestimmtheit annehmen mußte, daß ihn etwas schwer bedrücke.

Aber ihrer durchaus vornehmen Art widerstrebte es, zu forschen und zu fragen. Und doch war sie voll Besorgnis und wartete voll Unruhe, daß er mit seinem Vertrauen zu ihr kommen würde, wie er es sonst tat.

Auch an diesem Sonntag, während seine Tochter mit seinem Neffen nach S... hinübergefahren war, hatte er einige Stunden im Archiv zugebracht, und dann war er plötzlich im Zimmer seiner Gemahlin erschienen mit heller Miene und strahlenden Augen, wie ein Mensch, den eine große, innerliche Freude belebte. Auch jetzt sagte er noch nichts. Als sie dann gemeinsam das Abendessen einnahmen, sie beide ganz allein, da war er aufmerksamer und zärtlicher noch als sonst. Sein ganzes Wesen schien gehoben. Er gab sich freier und leichter als in diesen Tagen, und sie hatte den Eindruck, daß eine große Sorge von ihm genommen sein müsse.

Als sie ihn, froh lächelnd über sein verändertes Wesen, liebevoll ansah, faßte er ihre Hand und drückte sie an seine Lippen.

„Du bist eine wundervolle Frau Steffanie. Kein Wort der Anklage ist über deine Lippen gekommen, trotzdem ich in dieser letzten Zeit sehr unleidlich war."

Sie schüttelte den Kopf.

„Unleidlich? O nein Joachim. Du hast mir freilich Sorge gemacht durch deine nervöse Unruhe."

Wieder küßte er ihre Hand.

(Fortsetzung folgt.)

Die Deutsche Volkspartei will Weiterführung der Sozialpolitik,

ein neues Arbeiter- u. Angestelltenrecht u. volle Koalitionsfreiheit, Versorgung unserer Invaliden u. der Hinterbliebenen durch das Reich, ein neues Wohnungs- u. Bodenrecht, Schaffung gesunder Wohnungen. Sie tritt ein für Wahrung des Erbrechtes u. Anerkennung des Privateigentums.

228

Der sozialdemokratische Stimmzettel

für den **Regierungsbezirk Arnsberg** (einschließlich des früheren Wahlkreises Hamm-Soest) zur Wahl der deutschen Nationalversammlung am 19. Januar **enthält die beiden ersten Namen der Kandidatenliste** und sieht folgendermaßen aus:

König, Max, Stadtrat, bisheriger Reichstagsabgeordneter, Dortmund;

Hué, Otto, Redakteur, bisheriger Landtagsabgeordneter, Essen-Rüttenscheid.

Aus dem Kreise **Hamm-Soest** enthält die Kandidatenliste der sozildemokratischen Partei die Namen: 229

Osterroth, Nikolaus, Arbeitersekretär, Hamm

Freymuth, Arnold, Oberlandesgerichtsrat, Hamm

Echterling, Wilhelm, Eisenbahner, Soest.

Wer obigen Stimmzel abgibt, **wählt die ganze sozialdemokratische Liste,** die 16 volkstümliche Kandidaten enthält.

Stimmzeitel sind an allen Wahllokalen, sowie bei den bekannten Parteifunktionären aller Orte zu haben.

Die sozialdemokratische Parteileitung.

Neue und gebrauchte Pianos, Flügel, Harmonium; sind noch in großer Auswahl vorrätig. Freie Lieferung auch zu bequemen Bedingungen

Roth & Junius
Piano- u. Flügelfabrik
Hagen i. W.,
Bahnhofstrasse 29.
2. Fabrik Berlin S 42.

Gold. Ausstellungspreise Staatsmedaille. 22

Zwangsversteigerung.

Am Freitag, den 17. Januar cr., mittags 12 Uhr, werde ich dem Wirt Weber in Rederaden:

1 Klavier, 1 Sofa, 1 Sofatisch, 3 Sessel, 1 Eckschrank, 4 zweitür. Kleiderschränke, 1 zweitür. Wäscheschrank, 1 großen Teppich, 1 Tisch, 1 Speiseschrank, 1 Anrichte und andere Sachen 227

öffentlich meistbietend gegen bar versteigern.

Falley,
Gerichtsvollzieher in Kamen i. W.

Achtung!

Wahlliste der Deutschen Demokrat. Partei:

1. Gewerkvereinssekretär Ziegler-Siegen.
2. Oberbürgermeister Cuno-Hagen.
3. Frau Dr. Fischer-Eckert-Hagen.

221

Die Vorstände von Kamen und Methler.

Antwort

auf den Artikel in Nr. 2, Seite 4 des Sonntagsblattes für die evang. Gemeinden Kamen und Nordberg.

„Wer seine Kirche lieb hat und die Religion als das Fundament des Volkslebens erhalten wissen will", der kann mit gutem Gewissen seine Stimme am 19. und 26. Januar ebenso gut der Deutschen demokratischen Partei als jeder andern bürgerlichen Partei geben. Das beweisen die offiziellen Erklärungen der Deutschen demokratischen Partei, die in diesen Tagen in den führenden Blättern, u. a. auch in der Dortm. Zeitung und dem Westf. Anzeiger veröffentlicht worden sind. 222

Wir erwarten, daß nunmehr der Wahrheit die Ehre gegeben wird und die offenen und versteckten Angriffe und Verdächtigungen gegen die Deutsche demokratische Partei wegen ihrer Stellung zu Kirche, Religion und Schule unterbleiben.

Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei Kamen.

Deutsche Volkspartei

Freitag, den 17. d. M., abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Hotel **Bergheim.**

Tages-Ordnung:

1. **In letzter Stunde** (ein kurzes Wort).
2. **Wichtige Besprechungen.**

Mitglieder und Freunde der Partei sind freundlichst **eingeladen.**

Um zahlreichen Besuch bittet

240 **Der Vorstand.**

Evgl. Seminar-Präparandenanstalt zu Hamm.

Die diesjährige Aufnahmeprüfung findet am **25. März d. J., morgens 7 Uhr,** im Seminargebäude, Langestr. 10, statt.

Anmeldungen an die Direktion des evangelischen Lehrerseminars in Hamm. 210

Als passendes Geschenk

empfehlen wir

Briefpapier

in Kassetten, in geschmackvoller Aufmachung und reicher Auswahl.

Buchhandlung der Kamener Zeitung,
Weststraße 10.

la. rote Ringofensteine

sofort lieferbar durch 4

Weddinghofener Ringofenziegelei.

Anfragen wolle man richten an **Wilhelm Potthoff, Lünen,** Luisenhütte.

Ein in bester Lage gelegenes

Wohn- u. Geschäftshaus

mit großem Hofraum und Bauplatz zu verkaufen.

Anfragen unter **Nr. 228** befördert die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Bekanntmachung.

Die Heberolle und das Teilkataster über die von Unternehmern land- und forstwirtschaftlicher Betriebe für das Jahr 1918 an die Westfälische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft zu zahlenden Beiträge liegt gemäß § 1021 R.-V.-O. vom 15. Januar 1919 ab zwei Wochen lang auf Zimmer 12 des Rathauses aus.

Dieses wird mit dem Bemerken zur Kenntnis gebracht, daß etwaige Einsprüche gegen die Beitragsberechnung, unbeschadet der Verpflichtung zur vorläufigen Zahlung, binnen einer weiteren Frist von zwei Wochen bei dem Sektionsvorstande der Westfälischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Hamm i. W. anzubringen sind.

Kamen, den 14. Januar 1919. 214

Der Magistrat: Moenninghoff.

Zu verkaufen:

1 Paar lange Stiefel, (Größe 41)
1 Paar Schnürschuhe (Größe 41)
1 feldgr. Hose mit doppeltem Besatz u. gefüttert 2 feldgr. Blusen und sonstige Lederteile, alles sehr gut erhalten.

Bergkamen, 231
Hohenzollernstr. 214 I

Mädchen

i. Haus- u. Gartenarbeit auf sofort oder zum 1. Februar gesucht. 223

Frau E. Bergheim, Königstraße.

Gesucht zum 1. Februar für einen herrschaftlichen Haushalt nach Dortmund ein **tüchtiges**

Küchenmädchen,

oder Stütze, das kochen kann und Hausarbeit mit übernimmt. 219

Näheres in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Suche für sofort oder später ein 213

Dienst-Mädchen

von 15—16 Jahren für kleine Landwirtschaft.

Wo, sagt die Geschst.

Zwei kräftige

Jungen 225

von 15—18 Jahren für Landwirtschaft sof. ges.

Zu erfragen in der Geschst. dieser Zeitung.

Schwarzen Tee

zu kaufen gesucht. 211

Dortmund,
Sonnenscheingasse 6, part

Suche zum 15. oder 1. Februar sauberes, tüchtiges

Mädchen

mit guten Zeugnissen für kleinen Haushalt. Gehalt 20—25 Mk.

Offerten an die Kamener Zeitung unter **J. A. 585.** 209

Visitenkarten

in jeder Ausführung liefert schnell und preiswert

Kamener Zeitung,
Weststrasse 10.

Herzenswunsch.

Junger Mann 22 Jahre, von angen. Aeuß. Charakter und guter Herzensbildung wünscht mit nur anständigem Mädchen in Verbindung zu treten zwecks späterer 190

Heirat.

Ernstgem. Off., wenn mögl., m. Bild unt **H. R.** an die Geschäftsst. dieser Zeitung.